

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei steter Anstellung im Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postbestellung ohne Postgebühren monatlich 5.— M., bei Zustellung unter Postumschlag 6.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern der Postumschlag für 1919 eingetragene. Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Nordsee 2800 und 2894.

Inserate sollen bis achtzehn Uhr am Vortage oder dem Namen L. 20 III., Werbeanzeigen bis achtzehn Uhr am Vortage, jenseits des Postamtgebäude 50 Postamtgebäude und Druckvermittlungsanstalt 1401 der Postfach 1000. In der ersten Nummer des morgigen Tages nachmittags bis 2 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Nordsee 2768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Arbeiterherrschaft in Hamburg.

Die Nachrichten, die aus Hamburg kommen, lassen erkennen, daß die Eroberung über die lebenslichen Kontributionen, die sich verschiedene Lebensmittelhändler zueinander haben kommen lassen, große Kreise der Arbeitererschaft ergriffen hat. Der Generalrat, der zwischen der Arbeitererschaft und den Einwohnerwehren besteht und der namentlich in Hamburg einen hohen Grad erreicht hat, hat die Aufregung noch gesteigert. Es ist zu schweren Zusammenstößen gekommen und die Bewegung ist über ihren ursprünglichen Charakter hinausgewachsen: die Arbeitererschaft verlor die Kontrolle über die Lebensmittelversorgung, die Arbeitertruppen werden und fordert die Einwirkung der Einwohnerwehren. Nach den vorliegenden Nachrichten vorläufige diese Forderungen sofort zu verwirklichen.

So ist eine Situation entstanden, die große Gefahren in sich birgt. Diese könnten nur beseitigt werden, wenn Verhandlungen geführt und die Forderungen, auf die sich, wie es scheint, die ganze Hamburger Arbeitererschaft einigt hat, in weitestgehendem Maße Berücksichtigung finden. Aber die Aussichten auf eine Beseitigung des Konfliktes sind zunächst wenigstens recht gering. Überhaupt ist der Belagerungszustand verhängt worden und von Berlin aus ist der Befehl emanant, gegen die Bewegung mit aller militärischen Gewalt vorzugehen.

Die letzten Meldungen lassen erkennen, daß die tatsächliche Gewalt augenblicklich in den Händen der Arbeitererschaft ruht, daß aber von der Reichsregierung Gegenmaßnahmen eingeleitet worden sind.

Über die Entwicklung der Ereignisse in Hamburg wird uns Mittwoch abend berichtet:

Mittwoch morgen um neun Uhr ist im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der Betriebsräte, Vertrauensleute und Angestelltenausschüsse gewesen. In dieser Versammlung wurde beschlossen, dem Senat ein Ultimatum zu stellen und die Zurückziehung der Bahrenfelder Freiwilligen, Entwaffnung der Einwohner, Übertragung der Aufsicht über die Ordnung an die Volkswehr unter der Kontrolle der Betriebsräte und Einsetzung einer Kommission aus der Mitte der Betriebsräte, die die Kontrolle der Lebensmittelverteilung zu übernehmen hat, zu fordern. Mittwoch nachmittags um 3 Uhr fand abermals eine Versammlung statt, wo über das Ergebnis der Verhandlungen berichtet werden sollte. Inzwischen hatten die Vertrauensleute, Betriebsräte und Angestelltenausschüsse in ihren Betrieben darauf hinzuwirken, daß die Arbeitererschaft sehr wohl unterscheidet zwischen den Formen, die diese spontane Bewegung eingenommen hat, und den Waffen, die an dieser Bewegung beteiligt sind. Die revolutionären Elemente haben auf dem Standpunkt, daß diese Lebensmittelunruhen die arbeitenden Schichten der Bevölkerung umfassen und daß es jetzt gilt, die Arbeitererschaft nicht mit den ganzen tumultuösen Massen zu identifizieren.

Mittwoch morgen haben die Tumultierenden verschiedene wichtige Positionen besetzt und gegen das Rathaus Geschüsse aufgeschossen. Vor kurzer Zeit ist Waffenstillstand bis sechs Uhr vereinbart worden, der aber offensichtlich von beiden Seiten nicht eingehalten wird.

Zwischen haben die Tumultierenden verschiedene wichtige Positionen besetzt und gegen das Rathaus Geschüsse aufgeschossen. Vor kurzer Zeit ist Waffenstillstand bis sechs Uhr vereinbart worden, der aber offensichtlich von beiden Seiten nicht eingehalten wird.

Mittwoch abend sechs Uhr. Die Versammlung hat soeben geendet. Es wurde dort einstimmig der Beschluß gefaßt, daß das Proletariat zu bewaffnen ist und auch die Sicherheitswehr. Die Sicherheitswehr bleibt bestehen und die Einwohnerwehr wird entwaffnet. Alle drei Parteien haben diesen Beschluß einstimmig gefaßt. Augenscheinlich liegen die Verhältnisse in Hamburg so, daß die vollziehende Gewalt in der Person der erweiterten Arbeiter-Kommission erst konstituiert, und es ist sehr fraglich, ob es gelingt, bis zum Eintreffen der

weissen Garde von außerhalb Hamburg in Verteidigungszustand zu versetzen.

Vor einigen Tagen erschien im „Hamburger Echo“ die Notiz, daß sich die Kommunisten mit der Absicht trügen, in Hamburg die Räterepublik zu proklamieren. Daraus haben die Lebensmittelunruhen, die sich vornehmlich in Provokationen ausbreiteten. Dienstag abend war eine geringe Anzahl Freiwilliger aus Wahrenfeld ein und es trat die Einwohnerwehr in Funktion. Dienstag abend wurde der Beschluß gefaßt, das Flugblatt, unterzeichnet von den revolutionären Elementen, in denen sämtliche drei Parteien vertreten sind, und das auch von der U. S. V. D. und H. V. D. unterzeichnet ist, Mittwoch morgen zur Verteilung zu bringen.

Mittwoch mittag wurde das Rathaus gestürmt und die Bahrenfelder entwaffnet. Die Einwohnerwehr verstand von der Bildfläche. Mittwoch abend erschien im „Hamburger Echo“ ein Leitartikel, der den Verlust der revolutionären Elemente, die spontane Aktion verschiedener armerer Schichten der Bevölkerung für die Arbeitererschaft auf eine politische Basis zu stellen, anstreift. Ferner wurde die Arbeitererschaft vor imendlichen Unbeseitigbarkeiten nachdrücklich gewarnt und zum Zusammenbruch aufgefordert, um die Forderungen, die den lokalen Verhältnissen angemessen waren, und keinen politischen Charakter tragen, geschlossen durchzuführen zu können. Keiner eine Parteikombination spielt hierbei keine Rolle; trotzdem verliert es das „Echo“, diese Aktion der revolutionären Elemente als einen Versuch zur Verblühtung der Arbeitererschaft zu brandmarken.

Abends, neun Uhr. Das Rathaus wurde heute morgen von 200 Wahrenfelder Freiwilligen besetzt. Die aufgeregte Masse hat sich in den Besitz von Waffen gesetzt und hat dann das Rathaus gestürmt.

Diesen Morgen fand eine Betriebsratskonferenz im Gewerkschaftshaus statt, die der Arbeiter-Kommission, die sich zusammensetzt aus den drei sozialistischen Parteien, die Exekutivgewalt übertragen hat. Dann hat man eine Kommission von sechs Mann, die Bewaffnungskommission, beauftragt, das gesamte Proletariat zu bewaffnen und die Bürgerwehr zu entwaffnen. Auch ist man dazu übergegangen, einen Aufruf an das Volk zu erlassen, der diesen Abend noch überall anwesend werden wird, in dem die organisierte Arbeitererschaft aufgefordert wird, in ihren Wohnkreisen für Ruhe und Ordnung zu sorgen, damit keine Unruhen stattfinden können.

Man gedenkt in Hamburg im Laufe des morgigen Tages die Bewaffnung des Proletariats im großen vorzunehmen, so daß mit dem Einmarsch von Reitertruppen nicht gerechnet zu werden braucht.

Auch sind die sozialistischen Parteien darin einig, daß die Diktatur des Proletariats in Bezug der Lebensmittelversorgung morgen Platz zu greifen hat.

Eine Kundgebung an die Bevölkerung.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Hamburg, 26. Juni.

Diese wurde folgendes Flugblatt verteilt:

An die Bevölkerung in Groß-Hamburg!

Wieder einmal ist in Hamburg Blut geflossen. Aus der spontanen Entrüstung über die schändliche Verfühlung von Lebensmitteln heraus, ist eine skrupellose Gabelbewegung entstanden, die die Hamburger Regierung gläubig im Blut erstickt zu müssen.

Wahrenfelder Freiwilligen, im Tunge mit der Schutzmannschaft Hamburgs, sind es, die das Blutbad verursacht haben. Arbeiter! In ganz Deutschland finden in den letzten Tagen spontane Tumulte statt, die keinen politischen Charakter tragen, sondern geboren sind aus der Verzweiflung der hungernden Massen, die aufstehen müssen, wie man ihnen ihr teures Geld verdundene, ungenießbare und ekelerregende Lebensmittel verabreicht, um diejenigen zu vergiften, die noch einigermaßen ihre Gesundheit in dem fürchterlichen Mordmorden bewahrt haben.

Die Einwohnerwehren von Hamburg, Lübeck und anderen Städten sind nur dadurch möglich, daß man es der Arbeitererschaft verweigert, den privatkapitalistischen Schiebern und Halbschiebern durch eigene Kontrollen der Lebensmittelversorgung das

Handwerk zu legen. Inzwischen liegt die Reaktion auf der Dauer, um aus der spontanen Erregung das hungernden Volkes Vorteile für sich herauszufischen.

Arbeiter! Wir fordern euch auf, in dieser Stunde kaltes Blut zu bewahren und nicht zu unternehmen, was eine Aktion der gesamten Hamburgischen Arbeitererschaft zerplietern könnte.

Wir fordern euch auf, sofort in allen Betrieben Versammlungen einzuberufen, um eine gemeinsame Grundlinie zu gemeinsamen Handeln zu finden. Heraus aus Hamburg mit den Wahrenfelder Freiwilligen, die hier nicht zu suchen haben. Entwaffnung der Einwohner der bewaffneten Schutzgarde der Lebensmittelhändler und Schieber.

Übertragung der Aufsicht über die Ordnung an die Volkswehr unter der Kontrolle der Betriebsräte! Einsetzung einer Kommission aus der Mitte der Betriebsräte, die die Kontrolle der Lebensmittelverteilung zu übernehmen hat.

Die sozialistischen Senatoren von Hamburg werden hiermit öffentlich aufgefordert, zu erklären, wie sie sich zu der Niederschlagung einer hungernden, gegen Lebensmittelverfühlungen verletzenden Volksmenge zu verhalten gedenken.

Die revolutionären Elemente von Groß-Hamburg.

Die Swölfer-Kommission aller Betriebsräte, Die Unabhängige sozialdemokratische Partei, Die kommunistische Partei Deutschlands, Ortsgruppe Hamburg.

Volkswehr und Betriebsräte übernehmen die politische Gewalt.

Berlin, 25. Juni.

M. T. D. verbreitet folgende Meldungen:

Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, befindet sich die politische Gewalt in den Händen der Volkswehr und der Betriebsräte der Hamburger organisierten Arbeitererschaft. Die Volkswehr wird ebenfalls von der Volkswehr gemeinsam mit den Betriebsräten der organisierten Arbeitererschaft gehandhabt. An der Spitze dieser Gewalten steht die Volkskommission der Betriebsräte gemeinsam mit den drei sozialdemokratischen Parteien. Gegen Blünderer wird in energischer Weise vorgegangen. In Hamburg entwickelt sich gegen abend ein bewegtes Auf und Ab von Volkswehren, die überall Ruhe und Ordnung wahren. Wenn vereinzelte Schüsse fallen, so stellen diese den Blünderern.

„Die erforderlichen Maßnahmen...“

Berlin, 25. Juni.

Volks Bureau meldet: Die erforderlichen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung in Hamburg sind eingeleitet.

Die Macht in den Händen der Arbeiter.

Hamburg, 25. Juni.

Alle Regierungsgebäude Hamburgs sind durch die Kundlichen besetzt. Ein militärisches Einschreiten ist im Augenblick nicht möglich, da nicht genügend Truppen zur Verfügung stehen. Im Rathaus hat sich ein Swölferrat gebildet, der die Regierungsmacht über Hamburg in Anspruch nimmt. Die Gefangnisse wurden gestürmt, die politischen Gefangenen befreit, alle Insizienten verhaftet. Von Seiten der Kundlichen sind um das Gefängnis Geschüsse aufgeschossen. Die Eisenbahnstation im Innern der Stadt sind für den Verkehr gesperrt. Nach Berlin ist die Verbindung vorläufig intakt. Der Hauptbahnhof ist besetzt. Einzelne Angehörige der Volkswehr sind erwidert worden. Die Kämpfe haben auf beiden Seiten schwere Opfer gefordert, zumal die Sozialisten über eine Anzahl von Geschüssen verfügen.

Hamburg, 25. Juni, 2 Uhr nachmittags.

Das Rathaus wurde von den Teilnehmern erwidert. Gefangene gemeinsame Regierungstruppen mit höhererbenen Händen wurden abgeführt. Bei dieser Abführung entstand abermals eine große Schießerei. Nach Auslage von Teilnehmern an den Gefangenen das ganze Rathaus im Besitze der Belagerer.

Preussische Landesversammlung.

24. Sitzung, Mittwoch, den 25. Juni 1919.

Abend Leinert eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 30 Minuten.
Die Friedensfrage.

Auf der Tagesordnung steht eine Anfrage des Abgeordneten Hoffmann (H. Sog.):

Die Vertreter der Preussischen Republik haben Stellungnahmen aus Anlass im Staatsauschuß gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages genommen. Wie rechtfertigt die Staatsregierung diese für das Wohl des Preussischen Volkes verhängnisvolle Stellungnahme? Ist der Staatsregierung bekannt, daß die Mehrheit der Preussischen Landesversammlung ohne Zweifel im weitesten Augenblick für die Annahme des Friedensvertrages ist? Wie rechtfertigt die Staatsregierung, daß sie in dieser so wichtigen Angelegenheit die Frage nicht mit der Preussischen Landesversammlung konsultiert, bevor sie im Staatsauschuß Stellung nimmt? Woher nahm die Staatsregierung das Recht, im Gegensatz zur Landesversammlung, den Friedensvertrag abzulehnen? Welche Folgerungen gedenkt die Staatsregierung zu ziehen?

Demgegenüber beantragt ein Antrag der Abgeordneten (H. Sog.), Dr. Vorisch (B.), Dr. Friedberg (Dem.), die Abgabe einer Vertretungserklärung für die Regierung.

Ministerpräsident Hirsch erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Anfrage bereit.

Abg. Adolph Hoffmann (H. Sog.):

Die Staatsregierung hatte in jedem Fall sich vor ihrer Entscheidung mit der Landesversammlung in Verbindung zu setzen. Wie die preussischen Minister nach Weimar gingen, um dort ihr Votum abzugeben, hätten sie erst die Landesversammlung fragen müssen. Wir stehen vor der Frage, ob die preussische Staatsregierung das Nötigste getan hat für ihre Stellung in Weimar, sich über den Willen des Volkes Klarheit zu verschaffen. Der frühere Beschluß der Landesversammlung ist nicht maßgebend, denn inzwischen war ja eine neue Meinungsbildung notwendig gemacht. Ueber den Inhalt des Vertrages hat das Urteil des Volkes gewiß eine Stimme. Er ist ein Friedensvertrag, ähnlich den Verträgen von Westfalen, Tilsit und Antwerpen. Das Volk hat sich nicht die Frage vor Augen zu stellen, ob die Friedensfrage: sollen wir ihn annehmen oder ablehnen? Was soll werden? Haben wir überhaupt eine Wahlmöglichkeit, ihn zu verhindern? Darüber mußte sich die Landesversammlung klar zu werden suchen. Gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages ist eine große Anzahl von Resolutionen gefaßt worden. Dabei wurde auch mit dem Hinweis gearbeitet, daß die Unterzeichnung dieses Friedensvertrages die Revolution nicht verhindern würde und in der Mitte. Nein, das ist nicht richtig, das geht schon aus den verschiedenen Tönen des Waffenstillstandes und der Revolution hervor.

Der Zusammenbruch, und dann kam die Revolution!

Sie (zur Rechten und zur Mitte) verwechseln absichtlich Ursache und Wirkung, um die Ursachen zu verwischen. Sie selbst teils zwischen der Schuld, die Sie an diesem Zusammenbruch haben. Die Regierung hat sich über die Stimmung des Volkes nicht unterrichtet. In nächster Zeit wird sich der Zusammenbruch gegen Sie entladen, der sich im Falle angefallen hat. Die Verhaftung von zahllosen unschuldigen Arbeitern, über die Prozesse und die Verurteilungen, über die Hinrichtung von Preussischen Soldaten, über die Art der Behandlung der Gefangenen, über den Schutzbefehl, den die Regierung in Weimar ausgesprochen hat, die Verhaftung von Arbeitern, über die Handhabung des Belagerungszustandes, über die Verhaftung der Pressefreiheit. Alle diese Dinge, das ganze Verhalten dieser Regierung, das Belagerungszustand ist ein wesentlicher Grund für den Zusammenbruch gewesen. Auf Grund solcher Tatsachen mußte bei der Entente der Eindruck gemacht werden: es stimmt nicht mit der Freiheit in Deutschland, wenn die deutsche Regierung von der Gewalt mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages sich nicht erhebt. (Wiederholende Laute.) Ferner muß sich die Regierung fragen, ob sie wirklich das genügende Gewissen hat, sich für die Verbrechen, die sich im Osten anspinnen, nicht zu verantworten. Sie hat sich für die Verbrechen im Osten bereit, die der Bruch des Friedensvertrages mit allen seinen schmerzlichen Folgen für die deutsche Bevölkerung vorzubereiten. (Zur Rechten und zur Mitte) verwechseln absichtlich Ursache und Wirkung, um die Ursachen zu verwischen. Sie selbst teils zwischen der Schuld, die Sie an diesem Zusammenbruch haben. Die Regierung hat sich über die Stimmung des Volkes nicht unterrichtet. In nächster Zeit wird sich der Zusammenbruch gegen Sie entladen, der sich im Falle angefallen hat. Die Verhaftung von zahllosen unschuldigen Arbeitern, über die Prozesse und die Verurteilungen, über die Hinrichtung von Preussischen Soldaten, über die Art der Behandlung der Gefangenen, über den Schutzbefehl, den die Regierung in Weimar ausgesprochen hat, die Verhaftung von Arbeitern, über die Handhabung des Belagerungszustandes, über die Verhaftung der Pressefreiheit. Alle diese Dinge, das ganze Verhalten dieser Regierung, das Belagerungszustand ist ein wesentlicher Grund für den Zusammenbruch gewesen. Auf Grund solcher Tatsachen mußte bei der Entente der Eindruck gemacht werden: es stimmt nicht mit der Freiheit in Deutschland, wenn die deutsche Regierung von der Gewalt mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages sich nicht erhebt. (Wiederholende Laute.) Ferner muß sich die Regierung fragen, ob sie wirklich das genügende Gewissen hat, sich für die Verbrechen, die sich im Osten anspinnen, nicht zu verantworten. Sie hat sich für die Verbrechen im Osten bereit, die der Bruch des Friedensvertrages mit allen seinen schmerzlichen Folgen für die deutsche Bevölkerung vorzubereiten.

Im Osten spielt man mit dem Feuer!

Herr Winig führt mit einem breiten Strohwisch einen Vorwurf vor dem offenen Vorwurf aus! Und das tut die preussische Regierung. Es ist höchste Zeit, die Truppen aus den außerpreussischen Gebieten abzuziehen, in denen wir nichts verloren haben, zurückzuführen. Wie unverantwortlich und kurzfristig hat die Regierung durch Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu der Sowjetregierung gehandelt. Hätte sie die Beziehungen zu Russland wieder aufgenommen, dann wären uns Schwierigkeiten im Friedensvertrage ganz sicher gewesen. Die Regierung hätte damit eine Stellung gewonnen, an der die Entente gar nicht vorbeigehen konnte. Wie sollen wir Vertrauen haben zu dieser Regierung, die uns ganz einfach zur Selbstregierung überläßt? Die Entente hat es nicht erlaubt. Was ist die Demokratie geblieben? Die preussische Regierung kümmert sich ganz einfach nicht um die preussische Landesversammlung. Sie hat es nicht für nötig gehalten, vor der Abgabe ihrer Ansichten in Weimar sich mit der Landesversammlung in Einklang zu setzen. (Zur Rechten und zur Mitte) verwechseln absichtlich Ursache und Wirkung, um die Ursachen zu verwischen. Sie selbst teils zwischen der Schuld, die Sie an diesem Zusammenbruch haben. Die Regierung hat sich über die Stimmung des Volkes nicht unterrichtet. In nächster Zeit wird sich der Zusammenbruch gegen Sie entladen, der sich im Falle angefallen hat. Die Verhaftung von zahllosen unschuldigen Arbeitern, über die Prozesse und die Verurteilungen, über die Hinrichtung von Preussischen Soldaten, über die Art der Behandlung der Gefangenen, über den Schutzbefehl, den die Regierung in Weimar ausgesprochen hat, die Verhaftung von Arbeitern, über die Handhabung des Belagerungszustandes, über die Verhaftung der Pressefreiheit. Alle diese Dinge, das ganze Verhalten dieser Regierung, das Belagerungszustand ist ein wesentlicher Grund für den Zusammenbruch gewesen. Auf Grund solcher Tatsachen mußte bei der Entente der Eindruck gemacht werden: es stimmt nicht mit der Freiheit in Deutschland, wenn die deutsche Regierung von der Gewalt mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages sich nicht erhebt. (Wiederholende Laute.) Ferner muß sich die Regierung fragen, ob sie wirklich das genügende Gewissen hat, sich für die Verbrechen, die sich im Osten anspinnen, nicht zu verantworten. Sie hat sich für die Verbrechen im Osten bereit, die der Bruch des Friedensvertrages mit allen seinen schmerzlichen Folgen für die deutsche Bevölkerung vorzubereiten.

Sie werden die Diktatur des Volkes erleben.

Über alle Fragen ist es. Was werden Sie vom Schandvertrage halten? Sie haben sich nicht die Gelegenheit wahrgenommen, sich zur Zeit der Friedensverhandlungen und während der Verhandlungen gegen den Vertrag zu wenden? Jetzt ist es zu spät! (Zur Rechten und zur Mitte) verwechseln absichtlich Ursache und Wirkung, um die Ursachen zu verwischen. Sie selbst teils zwischen der Schuld, die Sie an diesem Zusammenbruch haben. Die Regierung hat sich über die Stimmung des Volkes nicht unterrichtet. In nächster Zeit wird sich der Zusammenbruch gegen Sie entladen, der sich im Falle angefallen hat. Die Verhaftung von zahllosen unschuldigen Arbeitern, über die Prozesse und die Verurteilungen, über die Hinrichtung von Preussischen Soldaten, über die Art der Behandlung der Gefangenen, über den Schutzbefehl, den die Regierung in Weimar ausgesprochen hat, die Verhaftung von Arbeitern, über die Handhabung des Belagerungszustandes, über die Verhaftung der Pressefreiheit. Alle diese Dinge, das ganze Verhalten dieser Regierung, das Belagerungszustand ist ein wesentlicher Grund für den Zusammenbruch gewesen. Auf Grund solcher Tatsachen mußte bei der Entente der Eindruck gemacht werden: es stimmt nicht mit der Freiheit in Deutschland, wenn die deutsche Regierung von der Gewalt mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages sich nicht erhebt. (Wiederholende Laute.) Ferner muß sich die Regierung fragen, ob sie wirklich das genügende Gewissen hat, sich für die Verbrechen, die sich im Osten anspinnen, nicht zu verantworten. Sie hat sich für die Verbrechen im Osten bereit, die der Bruch des Friedensvertrages mit allen seinen schmerzlichen Folgen für die deutsche Bevölkerung vorzubereiten.

die von der Angst vor der Sozialdemokratie bedingt, gegen diese Willkürdiktatur werden sich die Arbeiter mit dem Generalkreis

wenden. Daran wird auch der letzte Arbeiter teilnehmen, um die Revolution zu retten. Man kann sagen, daß die gegenrevolutionären Bestrebungen nicht nur unter den Augen und mit Zustimmung der Regierung, sondern sogar mit Unterstützung der Regierung betrieben werden. Man sieht die Maßnahmen hinstellen in ein Experiment, das zum letzten Untergang des deutschen Volkes führt. Man hat die Arbeiterklasse angeschlossen, aber die Arbeiterklasse ist an der Arbeit. Und man hat schon Lebensmittel für kommende Fälle gesichert. Man sucht die Freiwilligen gegen das Volk aufzutreiben, und tut auch das Möglichste, um das Volk irrezuführen. Schließlich will man das Volk abermals in den Krieg hineinstreuen. Durch Fluchblätter, die durch die Arbeiterklasse verbreitet werden, sucht man das Volk irrezuführen, aber das alles sieht die Regierung nicht, dafür hat sie keine Augen. Systematisch und in raffiniertester Weise sucht man dem Volke einzureden, daß ein Sieg gegen die Entente noch möglich ist. (Wiederholende Laute.) Man gibt eine große Menge von Feindverleumdungen und Falschheiten, um seine einzelnen Behauptungen zu belegen.) Die Judenfrage wird eine Vorkonkurrenz entstehen.

Ich mache die Regierung dafür verantwortlich. Ebenso wie ich die Arbeiterklasse, die es auch durch die Sozialdemokratie, namentlich durch die Agrarier und die Bauern genau so gut wie die Juden. Die Nahrungsmitteleigenen könnten auch keine Geschäfte machen, wenn sie nicht von den deutschen Agrariern und Bauern bebaut würden. Das Volk muß darüber aufgeklärt werden, daß man es auf ein falsches Geleise laden will, und daß die Regierung dem Volk gegenüber lügt. Auch die Arbeiter der Nationalversammlung in Weimar mußte für die Unterzeichnung sein. Sie konnte nicht anders, wenn sie das deutsche Volk nicht ganz zu Grunde richten wollte; aber andere preussische Regierung geht hin und stimmt, ohne das preussische Parlament zu fragen, dagegen! Die Regierung muß jetzt Sicherheit geben gegen den gesamten Willkürdiktatur. Auch der Unterzeichnung des Friedensvertrages und im Zusammen mit noch ratten die kommunistische Sozialisierung. Nicht länger dürfen den sozialistischen und kommunistischen Kapitalisten, die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Schatz geworfen werden. Hier liegt auch das Mittel, die Arbeitslosigkeit und die Arbeitslosigkeit wieder anzufachen, wenn der Arbeiter der Arbeiterklasse, nicht nur den Kapitalisten zugute kommt. Das internationale Proletariat muß sehen, daß das deutsche Volk durch die Tat beweist, daß es sich nicht dem Willen des Friedens gehen will, daß ihm die Freiheit der Welt die höchste ist. Dieses ist nur zu erreichen durch die Förderung der Weltrevolution, sie bleibt das A und O, wenn man mit dem Sozialismus und Imperialismus aufkommen will.

Ministerpräsident Hirsch:

Ich glaube, das Haus wird mir zustimmen, wenn ich mich streng an den Gegenstand halte und nicht auf alle Ausführungen des Redneren eingee. Die sich durch ihre unmaßvolle Überhebung zeigt. (Große Unruhe bei den H. Sog.) Die Vertreter der preussischen Regierung haben sich, wenn auch nicht im Staatsauschuß, so doch im Reichsausschuß gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages erklärt. (Wiederholende Laute.) Ich habe bei den H. Sog.) Wir haben das nicht nur gegen uns, sondern gegen die Entente, sondern auch in Erfüllung des uns von Ihnen gegebenen Auftrages auf Grund Ihres Beschlusses vom 11. April. Was Sie behaupten, daß der Entwurf des Friedensvertrages dem damals erhobenen Anfordern gerecht wird? Ich am 2. Mai nach der Bekanntgabe der Friedensbedingungen das Wort ergreife, den Frieden als einen Rechtsfrieden bezeichnete und auf die großen Gefahren hinwies, die daraus in der Zukunft entstehen müßten, hatte ich die übergroße Mehrheit des Hauses für mich. Das gleiche gilt für die Erklärung, die ich namens der Vertreter aller deutschen Freikämpfer in der Sitzung der Nationalversammlung in der Aula der Universität Berlin am 12. Mai abgegeben habe und die in dem „Vorbereitungsbuch“ gipfelte. Wir konnten nur nicht wissen, daß ein Teil des Parlamentes seine Meinung so schnell ändern würde. Im Verein mit der Reichsregierung haben wir zunächst versucht, an Verbesserungen das Möglichste herauszuholen. In dem Entwurf dieser Verträge sind nicht alle diejenigen Punkte, die, wie die H. Sog. die Entente förmlich aufgefordert haben, nicht aufzulassen. (Wiederholende Laute.) Wir haben also hiernach mit gutem Gewissen sagen, daß wir dem Willen der Landesversammlung nachgekommen sind. Herr Hoffmann behauptet, wir hätten die Demokratie mit Füßen getreten. Von Demokratie sollte der nicht reden, das offen verkündet:

„Alle Macht dem A. und S. Räten“,

und damit in bewussten Widerspruch zum Willen der Demokratie treten. Er will nicht die Demokratie, sondern die Diktatur, und nur die einer Klasse, der Sozialisten. Wie wir die Diktatur der Sozialisten aber irgend einer Klasse bekämpfen, so bekämpfen wir auch die Diktatur des Sozialismus. (Große Laute bei den H. Sog.) Wir waren und sind wohl bewußt, welche Speichen zwischen der Demokratie und der Unterwerfung für uns und mit sich bringen würde, aber wir konnten uns nicht dazu überzeugen, daß diese Gefahren durch die Vertikung der Unterwerfung vermieden werden.

Ich kann mich sehr wohl in die Ziele dieser Freikämpfer, die schließlich dem Frieden zustimmen, verständlich ist mir nur, wie diejenigen, die sich für die Unterwerfung einsetzen, die ihre Hoffnungen darauf setzen, daß die Weltrevolution den Frieden bringt. (Große Unruhe bei den H. Sog.) In nächster Zeit werden wir das Parlament nicht, dazu war wirklich kein Anlaß. Es ist nur deshalb nicht gesagt worden, weil wir nicht einen Moment angenommen haben, daß es nicht mehr auf dem Boden der Demokratie vom 11. April und 2. Mai steht. Auf die Frage, welche Bedingungen wir aus unserem Verhalten ziehen werden, will ich Ihnen ganz offen antworten. Als ich in der Nacht zum Montag von Weimar hierher fuhr, war ich fest entschlossen, am Montag dem Staatsministerium vorzutreten, um meine Entlassung zu bitten. Als ich aber merkte, daß die „Freiheit“ und darin die Anfrage abgedruckt sind, die den Gegenstand der heutigen Besprechung bildet, habe ich dem Staatsministerium vorgeklagt, das nicht zu tun. Gäten wir in diesem Augenblick unsere Voten verlassen, dann wäre das ein gesundes Zeichen für die Interpellanten gewesen. (Große Unruhe bei den H. Sog.) Welche Folgerungen die Regierung ziehen wird, hängt von dem Ergebnis der heutigen Debatte ab.

Es ist zu dem Antrag Groef und Genossen ein Bescheid vom 11. April und 2. Mai steht. Auf die Frage, welche Bedingungen wir aus unserem Verhalten ziehen werden, will ich Ihnen ganz offen antworten. Als ich in der Nacht zum Montag von Weimar hierher fuhr, war ich fest entschlossen, am Montag dem Staatsministerium vorzutreten, um meine Entlassung zu bitten. Als ich aber merkte, daß die „Freiheit“ und darin die Anfrage abgedruckt sind, die den Gegenstand der heutigen Besprechung bildet, habe ich dem Staatsministerium vorgeklagt, das nicht zu tun. Gäten wir in diesem Augenblick unsere Voten verlassen, dann wäre das ein gesundes Zeichen für die Interpellanten gewesen. (Große Unruhe bei den H. Sog.) Welche Folgerungen die Regierung ziehen wird, hängt von dem Ergebnis der heutigen Debatte ab.

Preussischer Kriegsminister Reinhardt: Ich habe bis zum letzten Mittel für die Anwendung dieses Friedens geschlossen. Wir müssen nun nach Beschaffung einer vollständigen Liste der wirklich Frieden bringenden und den Vertrag durchzuführen, soweit wir es können. Was auf militärischen Gebieten dabei verlangt wird an Mann und Material, geht über unser derzeitiges Können hinaus. Diese Arbeit muß in Angriff genommen werden und ebenso muß die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten werden; nur so finden wir jetzt gemeinsam den Weg zum Wiederaufstieg.

zum Wiederaufstieg. Herr Groef der Welt konnte sie immer zurücklassen und die nur durch sie erklärten Bedingungen des deutschen Volkswillens entstehen. (Wiederholende Laute.) Ich habe die deutsche und die baltische, aber keine preussische Art über dem Sinne des Friedensvertrages. (Wiederholende Laute.) Tages Beschlüsse glaube ich dem Hause zur Stunde schuldig zu sein. (Wiederholende Laute.) — (Zur Rechten und zur Mitte) verwechseln absichtlich Ursache und Wirkung, um die Ursachen zu verwischen. Sie selbst teils zwischen der Schuld, die Sie an diesem Zusammenbruch haben. Die Regierung hat sich über die Stimmung des Volkes nicht unterrichtet. In nächster Zeit wird sich der Zusammenbruch gegen Sie entladen, der sich im Falle angefallen hat. Die Verhaftung von zahllosen unschuldigen Arbeitern, über die Prozesse und die Verurteilungen, über die Hinrichtung von Preussischen Soldaten, über die Art der Behandlung der Gefangenen, über den Schutzbefehl, den die Regierung in Weimar ausgesprochen hat, die Verhaftung von Arbeitern, über die Handhabung des Belagerungszustandes, über die Verhaftung der Pressefreiheit. Alle diese Dinge, das ganze Verhalten dieser Regierung, das Belagerungszustand ist ein wesentlicher Grund für den Zusammenbruch gewesen. Auf Grund solcher Tatsachen mußte bei der Entente der Eindruck gemacht werden: es stimmt nicht mit der Freiheit in Deutschland, wenn die deutsche Regierung von der Gewalt mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages sich nicht erhebt. (Wiederholende Laute.) Ferner muß sich die Regierung fragen, ob sie wirklich das genügende Gewissen hat, sich für die Verbrechen, die sich im Osten anspinnen, nicht zu verantworten. Sie hat sich für die Verbrechen im Osten bereit, die der Bruch des Friedensvertrages mit allen seinen schmerzlichen Folgen für die deutsche Bevölkerung vorzubereiten.

Auf Antrag des Abg. Groef (H. Sog.) wird die Besprechung der Anfrage beschlossen.

Abg. v. Hardeff (D. Sog.): Im Namen meiner Freunde habe ich zu bedenken, daß die Friedensfrage hier auf Grund einer Klage, und noch dazu von selber Seite behandelt werden soll. (Wiederholende Laute.) Das widerspricht dem Geist dieser Stunde. Die Kritik an dem Friedensvertrage hat schon viel Material hervorgebracht. Die Regierung war verpflichtet, das Haus zu hören, ehe sie nach Weimar ging, dann wäre es ihr möglich gewesen, dort mit ganz anderem Material aufzutreten zu können. (Wiederholende Laute.) Wir machen der Regierung den Vorwurf, daß sie es noch immer nicht der Mühe wert gehalten hat, die Bestimmungen über den Osten der dortigen Bevölkerung Klarheit zu geben. Noch heute weiß die Bevölkerung nicht, was ihr bevorsteht. Diejenigen, die in der letzten Zeit aus parteipolitischen Gründen, aus parteipolitischen egoistischen Interessen die Schuld am Kriege aufgedrückt haben, die haben einen Wechsel ausgeführt, den das deutsche Volk mit diesem Vertrage machen muß. (Wiederholende Laute.) Wir haben uns an der Regierung im Osten beteiligt im Interesse des Vaterlandes. Dazu eigentlich noch diese Debatte? Wir sollten einzig und geschlossen in die Zukunft gehen. Wir haben uns an der Regierung im Osten beteiligt im Interesse des Vaterlandes.

Abg. v. Krause (D. Sog.): Es war ein ungeheurer Fehler, diesen Frieden zu unterzeichnen. Das Kennzeichen der Weimarer Tage war Willkür. Die größte soziale Misere ist jetzt da. Minister des Innern Groef: Die Friedensverhandlungen wären besser gewesen, wenn die Freunde des Herrn Hoffmann es nicht verhindert hätten. Es ist nicht möglich, unser deutsches Volk auch in dieser äußersten Stunde noch zu einer anderen Haltung zu veranlassen; denn es glaubt und hofft nicht mehr, nachdem es vier Jahre lang auf eine Öffnung in die andere getrieben worden war. (Zur Rechten und zur Mitte) verwechseln absichtlich Ursache und Wirkung, um die Ursachen zu verwischen. Sie selbst teils zwischen der Schuld, die Sie an diesem Zusammenbruch haben. Die Regierung hat sich über die Stimmung des Volkes nicht unterrichtet. In nächster Zeit wird sich der Zusammenbruch gegen Sie entladen, der sich im Falle angefallen hat. Die Verhaftung von zahllosen unschuldigen Arbeitern, über die Prozesse und die Verurteilungen, über die Hinrichtung von Preussischen Soldaten, über die Art der Behandlung der Gefangenen, über den Schutzbefehl, den die Regierung in Weimar ausgesprochen hat, die Verhaftung von Arbeitern, über die Handhabung des Belagerungszustandes, über die Verhaftung der Pressefreiheit. Alle diese Dinge, das ganze Verhalten dieser Regierung, das Belagerungszustand ist ein wesentlicher Grund für den Zusammenbruch gewesen. Auf Grund solcher Tatsachen mußte bei der Entente der Eindruck gemacht werden: es stimmt nicht mit der Freiheit in Deutschland, wenn die deutsche Regierung von der Gewalt mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages sich nicht erhebt. (Wiederholende Laute.) Ferner muß sich die Regierung fragen, ob sie wirklich das genügende Gewissen hat, sich für die Verbrechen, die sich im Osten anspinnen, nicht zu verantworten. Sie hat sich für die Verbrechen im Osten bereit, die der Bruch des Friedensvertrages mit allen seinen schmerzlichen Folgen für die deutsche Bevölkerung vorzubereiten.

vier Jahre lang belagert worden

wird! Ich lassen Sie doch Ihre Instigen Ausdrücke (Stürmische Laute und große Unruhe bei den H. Sog.; Abg. Hoffmann ruft: Ruhig!).

Vizepräsident Dr. Vorisch: Es wird mir von dem Schriftführer mitgeteilt, daß der Abg. Ad. Hoffmann „Zuhälter“ gerufen hat.

Abg. Ad. Hoffmann: Erst nachdem der Minister von „Instig“ gesprochen hatte.

Vizepräsident Dr. Vorisch ruft den Abg. Ad. Hoffmann zur Ordnung.

Minister Helms (fortfahrend): Wir haben uns dem Dienste des Vaterlandes und seiner Zukunft zu weihen und müssen dazu die Kraft und den Willen haben. (Beifall.)

Abg. Dr. Friedberg (Dem.): Wir haben im Mal unseren ablehnenden Standpunkt zu dem Friedensvertrag dargelegt. Wenn und der Abg. Hoffmann eine Resolution vorbringt, die Arbeiter gefaßt haben und die mit einem Generalkreis droht, wenn auch nur eine Hand zur Verteidigung der Ordnung gerichtet wird, so haben wir darin die Wirkung einer Agitation vor uns, die dem Werte des Vaterlandes aus dem Organ gestiftet hat. (Große Unruhe bei den H. Sog.)

Herr Abg. Ad. Hoffmann wird zu der Resolution Groef der Zukunft in irgendeiner Form beantragt: Trotzdem war in der entscheidenden Stunde ein Eingreifen der preussischen Regierung für die Unterzeichnung des Vertrages geboten. Darüber soll namentlich abgemittelt werden. Der Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei wird in irgendeiner abändernden Form angenommen. Das Eingreifen der preussischen Regierung für die Unterzeichnung der Unterwerfung war geboten.

Abg. Dr. Oskar Sohn (H. S. P.):

Der Friedensvertrag, so hart und teilweise unerträglich er ist, enthält auch eine Lichtseite: die 800000 Verwundeten können in die Heimat zurückkehren nach der Unterzeichnung. Das haben diejenigen nicht beachtet, die gegen die Unterzeichnung sind, aber auf der anderen Seite seit Wochen über die Grausamkeit geredet, die in der Zurückhaltung der Engländer liegt.

Ministerpräsident Hirsch hat nicht verstanden, indem er sagt, er habe gemäß einem früheren Beschluß gehandelt, daß sich in den letzten Tagen eine andere Rechtsbildung in diesem Hause vollzogen. Er sagte weiter, das Kabinett sei nicht zurückgezogen, weil dies ein gesundes Zeichen für uns gewesen wäre. Solche Argumentation ist gefährlich, denn sie belagt, nicht von sachlichen, sondern von parteipolitischen Gründen wird das Kabinett abhängig gemacht.

Die Streitigkeiten zwischen der Haltung der Reichsregierung und der der preussischen Regierung liegt, liegt den Gedanken nahe, ob nicht schneller die deutsche Einheitsrepublik verwirklicht werden muß. Eine Wiedervereinigung der Bedingungen ist nur zu erwarten, solange die aufrichtigen Willen der Unabhängigen Sozialdemokraten. Die harten Bedingungen sind zum großen Teil auf die ungeheure Haltung Russland und Polen gegenüber zurückzuführen.

Die Regierung hat ihre Position durch die Willige Haltung vor aller Welt noch ganz besonders gesichert.

Der Kriegsminister hat warme Worte der Anerkennung für die Offiziere und Mannschaften ausgesprochen. Was sagen die gewöhnlichen Arbeiter und kleinen Leute ebenso nahe, die durch den Krieg schwer gelitten und ihre Familien verlassen haben. Er hat aber kein Wort der Verurteilung für die Offiziere gefunden, die als Inhaber von Ehrenkreuzen haben zu schreiben kommen lassen, die sich nicht für die Bedingungen will über die Kriegsmittelverteilung hinaus im besetzten Gebiet betreten haben, um die Bevölkerung zu zerstören.

In Stelle der Trümmer, die der Krieg in der ganzen Welt zurückgelassen hat, werden die Wohlthätigkeit des Sozialismus einen neuen Weltbau errichten.

Groef hat Zustimmung eingebracht.

Koste gegen Unteroffiziere.

Vor den Soldaten, wo die Revolution der freikämpferischen Unteroffiziere Deutschlands ihre Truppe abbildet, erschienen plötzlich drei schwermächtige Vorkämpfer. Eine Reihe Soldaten der Kaiserlichen Reichsarmee drangen in den Saal ein, unter Führung von Offizieren, und erklärten die Verammlung für aufgelöst. Der Vorsitzende wies in rüchiger Weise darauf hin, daß die Verammlung polizeilich genehmigt sei. Der Führer der Ordnung zeigte keinen schriftlichen Befehl, aus dem hervorging, daß die Verammlung unter allen Umständen, obwohl die polizeiliche Genehmigung vorlag, aufgelöst sei, da „sie schamlos gegen die Revolution absteht“. Durch die nachdrücklichen Verhandlungen des Vorsitzenden ließ sich der Leiter der Aufbruchsmannschaft bewegen, entgegen seinem Befehle auf der Auflösung nicht zu bestehen, da er den Eindruck gewonnen, daß dieser Befehl nur bestimme Arbeit von Soldaten sei.

